

Einzelne Proteste richten gegen Rechtsextreme nichts aus

MITTELSACHSEN

Der Politik fehlt oft der Mut, gegen Neonazis vorzugehen. Mit dieser Aussage konfrontierte Petra Zais die Landräte beim Forum in Mittweida.

■ Thomas Kretschmann

Petra Zais vom „Mobilen Beratungsteam Neukirchen“ sorgte mit ihrer Äußerung für Diskussionsstoff. Sie war gemeinsam mit Vertretern der Landkreise, der Parteien und der Studentenschaft zum Forum „Für kulturelle Vielfalt – Gegen Gewalt“ dabei. Anlass für die Veranstaltung waren die wiederholten Übergriffe von Rechtsradikalen gegen Ausländer oder Einrichtungen wie das Jugendhaus Roßwein.

Petra Zais warf dem Mittweidaer auch in Projekte in Schulen, Kindergärten, Musikschulen, Kirchgemeinden und Sportvereine. Sie alle tragen ihren Teil zu weniger Gewalt und weniger Ausländerfeindlichkeit bei“, so Ahnert. Zum anderen sei es nicht immer ratsam, mit Finanzspritzen helfen zu wollen.

„Die Erfahrungen haben gezeigt, dass Projekte oftmals viel nachhaltiger sind, wenn die Verantwortlichen diese ohne oder mit wenig fremder Hilfe auf die Beine stellen müssen, anstatt einmalig Geld zu bekommen und die Projekte dann nach ein paar Monaten wieder im Sand verlaufen zu lassen“, erklärte Ahnert. Dafür erhielt er von den Podiumsmitgliedern und vielen der fast 100 Gäste Zustimmung. Greifbare Ergebnisse wurden beim Forum in Mittweida nicht erzielt. Doch um dies zu erreichen, soll es in Zukunft mehr Projekte dieser Art, dann vielleicht auch mit konkreten Zielstellungen und Vorschlägen, geben.

Landrat Andreas Schramm und dem Döbelner Vizelandrat Wolfgang Ahnert (beide CDU) vor, viel zu spät reagiert zu haben. „Wir müssen die Probleme beim Namen nennen. Es geht nicht allgemein um Extremismus. Es geht konkret um Rechtsextremismus“, so Petra Zais. Zudem dürfe die Diskussion nicht nur auf die Jugend beschränkt werden.

„Es gibt auch unter den Erwachsenen einige, die mit dem Gedankengut der Rechtsextremisten sympathisieren“, erklärte sie. Auch in Schulen müsse energischer gegen rechtsextreme Tendenzen vorgegangen werden. So könne es nicht sein, dass der Begriff „Jude“ als Schimpfwort in Gebrauch sei, ohne dass dagegen etwas unternommen werde.

Nach Meinung Schramms sei es wichtig, Aufklärung zu betreiben und den Menschen die Ängste zu nehmen. Und dafür habe der Landkreis Mittweida nicht erst seit Be-

ginn der gewaltsamen Übergriffe auf Ausländer etwas getan, sondern schon kurz nach der Wende.

Rudolf Homann, Vorsitzender der SPD in Roßwein, forderte zum Diskussionsforum mehr und vor allem langfristige finanzielle Unterstützung von Seiten der Landratsämter. „Es reicht nicht, einzelne Protestaktionen auf die Beine zu stellen. Wir müssen dafür sorgen, dass in Richtung Demokratisierung nachhaltig etwas getan wird. Dafür muss das Jugendamt des Landkreises Döbeln die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen“, erklärte Homann.

Geld allein hilft nicht

Diese Forderung richtete er insbesondere an den Döbelner Vizelandrat Wolfgang Ahnert. Dieser konterte: „Zum einen darf man nicht nur die Unterstützung für das Roßweiner Jugendhaus und das Haus der Demokratie in Döbeln sehen. Unsere finanziellen Mittel fließen



Döbelns Vize-Landrat Wolfgang Ahnert, Petra Zais und der Roßweiner SPD-Vorsitzende beim Forum „Vielfalt gegen Gewalt“.

Foto: Thomas Kretschmann